



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/232 - 7.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Zum Moskauer Partei-Kongreß	S. 1
Schumans Stellung umstritten	S. 3
Metallarbeiter-Streik in Niedersachsen vermieden	S. 4

Moskauer Spekulationen

(sp) Der so massive und plumpe Versuch des Moskauer Dreigestirns, - Stalin-Molotow-Malenkow-, - der erste unternahm ihn in jenem 50-Seiten-Artikel im "Bolschewik", die beiden anderen sprachen darüber auf dem Partei-Kongreß der KPSU - die westliche Welt aufzuspalten und die europäischen Länder gegen die USA auszuspielen, kann nur den entgegengesetzten Erfolg haben, sie enger aneinander zu binden. Wenn der Kreml schon glaubte, auf dem Wege über das alte , *divide et impera* ' (herrsche dadurch, daß du die Gegner trennst) erfolgreich sein zu können, so wäre mindestens eine weniger penetrante Form der Herausforderung erforderlich gewesen. Daß der Versuch auf dieser kommunistischen Großveranstaltung gemacht werden würde, war deutlich genug in jenem schon erwähnten Monstre-Artikel Stalins und durch eine ganze Reihe von Maßnahmen der Moskauer Zentrale, wie das Fallenlassen von Leuten wie Marty und Tillon in Frankreich, angekündigt worden. Auch die auffallende Entsendung des sowjetischen Staatschefs Schwernik zum dritten Geburtstag der sogenannten DDR nach Berlin gehört hierher. Schließlich war bezeichnend, daß Malenkow in seiner achtstündigen Marathonrede die Formel gebrauchte, die Sowjet-Union sei nicht mehr isoliert, da "die Sache des Friedens jetzt auch von China und der DDR verteidigt" werde, ganz so, als ob Ulbricht und Dertinger im Verhältnis zu Mao-tse-Tung und seinem Außenminister Chu-En lai vergleichbare

Größen seien, was natürlich in jeder Hinsicht absurd ist.

Wenn die Sowjets so vorgegangen sind, wie sie es taten, so offenbar, weil sie sich über den Charakter so mancher Meinungsverschiedenheit im westlichen Lager falsche Vorstellungen machen, weil sie übersehen, daß die Abneigung, in irgendeiner Abhängigkeit von der Sowjetunion zu geraten, unendlich viel größer ist, als sie es sich denken können und jede Form des Angewiesenseins auf amerikanische Rückendeckung und Hilfe mit allen sich daraus möglicherweise ergebenden Konsequenzen im Vergleich zur Gefahr eines Satellitenverhältnisses zur Sowjetunion gering geachtet wird. Das gilt auch dort, wo recht erhebliche Bedenken gegen gewisse politische und militärpolitische Glaubenssätze der Regierung in Washington bestehen. Es ist absurd, wenn die sowjetischen Machthaber aus solchen Differenzen so weitgehende Schlußfolgerungen ziehen, daß sie von einem offenen Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten sprechen. Immerhin ist die Situation in der Deutschlandfrage auch durch die Erklärungen auf dem Partei-Kongreß im Grundsatz nicht verändert worden. Die Möglichkeit, doch noch zu einer Vierer-Konferenz zu kommen, ist nicht verschüttet, trotz diesen Angriffen gegen die USA und dem kurz vorangegangenen Affront durch die Behandlung des Botschafters Kennan - auch wenn das gewiß keine ermunternden Präludien waren.

Die kriegerische Sprache gegenüber den USA gehört fast schon als ein unvermeidbarer Bestandteil zu solchen Deklamationen. Die Sowjetunion, genauer ihre Propaganda, kann ohne Feinde nicht leben. Wichtiger als diese Selbstverständlichkeiten war der Teil der Rede Malenkows, der sich mit ungewöhnlicher Offenheit auch mit Mängeln und Schwächen der Sowjetherrschaft befaßte. Darin liegt ohne Zweifel die indirekte Ankündigung einer noch erbarungsloseren Ausbeutung der eigenen Völker der Sowjetunion und ihrer Satelliten-Staaten zugunsten einer immer weiter gesteigerten Industrialisierung. Dazu braucht man Zeit. So bestätigt sich, was man im Hinblick auf diesen Kongreß seit langem vermutete, daß der Kreml dazu übergegangen ist, eine Politik auf lange Sicht zu treiben, die nicht mit einem Konflikt zwischen West und Ost, sondern innerhalb des Westens rechnet.

+ + +

Schuman ist gefährdet

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Vor dem Wiederzusammentritt der französischen Nationalversammlung hat sich die Opposition gegen die Schumansche Außenpolitik mächtig verstärkt. Sie war eigentlich bereits bei der Bildung der Regierung Pinay vorhanden, und schon damals wurden Versuche unternommen, den Außenminister zu ersetzen. Die Erregung ist jetzt so weit gestiegen, daß Minister Queuille von der "Hypothese einer Regierungskrise, verursacht durch die außenpolitischen Differenzen", sprechen konnte. Zu gleicher Zeit erfährt man von einem heftigen Konflikt, der zwischen dem Außenminister und dem Staatspräsidenten über die Ernennung eines hohen Beamten ausgebrochen sei.

Worum geht es? Frankreich steht sowohl vor der Entscheidung über die Europaarmee wie vor einer gefährlichen Debatte in der UNO, die über das Schicksal seiner nordafrikanischen Protektorate entscheiden kann. Es ist schwer zu sagen, welchem der beiden Probleme im Kampf gegen Schuman die größere Bedeutung zukommt. Es gibt Kritiker, die seine Politik, hier wie dort, bekämpfen. Andere unterstützen sie in Europa und lehnen sie in Afrika ab oder umgekehrt. In jedem Fall steht aber die Person des Außenministers zur Debatte. Die Vielzahl der be-
anstandeten Fragen führt zu einer großen Ausdehnung der Opposition, bedingt aber auch die Schwäche derselben, da sie sich zu einem positiven Programm nicht einigen kann.

Als eigentlicher Anlaß der Revolte dient das marokkanische und tunesische Problem, das dem Außenministerium untersteht und nunmehr Gefahr läuft, mit einem Fiasko zu enden. Die Hauptkräfte der Opposition sind hier die Gaullisten, die Gemäßigten und ein Teil der Radikalen, die Schuman der Mäßigung bezichtigen und ihn für die vorhandenen Scherben verantwortlich machen. In Wirklichkeit konnte sich hier der Außenminister, der die Politik der kolonialistischen Heißsporne ablehnte, nicht durchsetzen. Er konnte bremsen, aber zu keinem konstruktiven Weg finden. Das vermochte die Katastrophe nicht zu verhindern und genügt, ihn heute damit zu belasten. Diese Kritiker empfehlen stattdessen die Anwendung einer reinen Gewaltpolitik in Nordafrika

und befürworten den Rückzug Frankreichs aus der UNO, wenn ihm kein "Recht" widerfahre.

Für viele steht die Nordafrika-Politik Schumans in engem Verhältnis mit seiner Europapolitik. Die verschiedenen Tendenzen der Opposition finden sich hier teilweise zu einer gemeinsamen Stellung zusammen, da sie vor einem Gespräch mit Rußland jede deutsche Aufrüstung vermeiden wollen. Die Differenzen sind weit ins Regierungslager gedrungen und sogar inmitten des Kabinetts ausgebrochen. Man weiß längst, daß der Ministerpräsident nicht alle Ziele seines Außenministers teilt. Die Vertagung der EVG-Debatte ist nicht zuletzt auf ihn zurückzuführen. Aber heute wie im Frühjahr, bedeutet die Ersetzung des Außenministers eine Regierungskrise, da die Christlichen geschlossen hinter Schuman stehen.

In diesem Kesseltreiben finden wir voran die Gaullisten. Die entscheidende Bedeutung kommt aber der kleinen Gruppe zu, die sich im Sommer von ihnen abgespalten hat und die eigentlich über das Schicksal des Kabinetts entscheidet. Diese Gruppe hat neuerdings in einem Brief an Pinay eine stärkere Einflußnahme auf die Außenpolitik verlangt. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Krise noch vermieden werden kann, den Vorwand für ihr Auslösen dürfte die UNO-Debatte bieten.

+ + +

Die Unternehmer geben nach

Erfolgreiche Lohnaktion der niedersächsischen Metallarbeiter

K.-H.B. Die 80000 Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie in Niedersachsen werden nicht streiken, da die Unternehmer kurz vor Foresschluß die wesentlichsten gewerkschaftlichen Forderungen annahmen. Nach langen Verhandlungen erklärten sie sich bereit, die Löhne für alle Zeitlohnarbeiter über 21 Jahre effektiv um 6 Pfg pro Stunde zu erhöhen. Der Grundlohn der Akkordarbeiter wird um 4 Pfg erhöht, was einer Heraufsetzung der Akkordverdienste um 6 Pfg pro Stunde entspricht. Weiter stimmten die Unternehmer einer Erhöhung der Angestelltegehälter um 5 Prozent sowie einer Verbesserung der Frauen- und Hilfsarbeiter-Löhne zu. Von besonderer Bedeutung war auch die Tatsache

daß die von den Arbeitgebern ursprünglich geforderte einjährige Laufdauer der neuen Verträge um genau die Hälfte abgekürzt werden konnte. Die Verträge sind erstmals Ende April 1953 mit einer sechswöchigen Frist kündbar.

Alle diese Forderungen glaubten die Unternehmer vor der Urabstimmung nicht oder nur teilweise erfüllen zu können. Erst als sich über 82 Prozent der Gewerkschaftler für den Streik ausgesprochen hatten, lenkten sie ein.

Sie hatten mit zahlreichen Mitteln versucht, die Urabstimmung zu beeinflussen. Es hagelte nur so "Appelle" an die Betriebstreue", anonyme und vom Unternehmerverband gezeichnete Rundschreiben und Flugblätter, versteckte Drohungen und Verleumdungen der Gewerkschaften. In einigen süd-hannoverschen Betrieben hatten die Unternehmer sogar eigene Wahlurnen aufgestellt und eigene Stimzettel herausgegeben, wobei sich übrigens in einem Betrieb das Kuriosum ereignete, daß in der Unternehmer-Urne mehr Ja-Stimmen waren als in der Urne der IG-Metall. Alle "taktischen" Schachzüge und durchsichtigen Propagandamanöver halfen also nichts. Die Entschlossenheit der Arbeiter und Angestellten siegte über die "Appelle" an den Betriebsegoismus.

Auch die KP ging leer aus. Ihre Versuche, auf die Kampffraktion der IG-Metall Einfluß zu gewinnen, scheiterten. Es zeigte sich wieder einmal, daß die KP aus echten Willensaktionen der deutschen Arbeitnehmerschaft kein politisches Kapital mehr schlagen kann.

+ + +

Sowjetzonale Seepolizei-Offiziersschule

(sp) In den ehemaligen Kasernen auf der Schwedenschanze in Stralsund befindet sich seit einiger Zeit die sowjetzonale SEEPo - Offiziersschule. Die Gebäude, die nach 1945 wieder ausgebaut und mit Flüchtlingen belegt wurden, mußten zu diesem Zweck wieder geräumt werden. Im Rahmen der Schule gibt es heute Lehrgänge für Kommandanten, Steuerleute, Wachoffiziere und Ingenieure, die der Spezialausbildung der Seepo-Offiziere dienen. 98 Prozent der Teilnehmer sind ehemalige hauptamtliche Funktionäre der FDJ, 60 Prozent sind Mitglieder der SED. Als Leiter der Schule fungiert der auf der Leningrader Marineakademie ausgebildete Nordin, der fließend russisch spricht und als brutaler Bolschewist bezeichnet wird. Die wirkliche Leitung der Schule liegt in den Händen des "Sowjetniks", Vizeadmiral Abramow, der VOPO-Uniform und die Rangabzeichen eines Inspektors trägt.

Verantwortlich: Peter Raunau